

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1 Mt., vierteljährlich 3 Mt.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mt., vierteljährlich 4,50 Mt. — Best- und Verjaunungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: J. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, hantlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 38-42, Telephon-Nr. 98 u. 80, Telegr.-Adr.: Altverband Bochum.

### Raub des Wahlrechts oder des Freizügigkeitsrechts. Gegen die Kriegsteilnehmer.

Die borussischen Reaktionen haben am 11. und 12. Juni 1918 der Volksausführung einen unschätzbaren Dienst geleistet. Was an diesem Tage im preussischen Dreiklassenparlament an vorkühnenderen Beschlüssen geleistet worden ist, muß auch dem verböhrtesten Hoffnungsbüfeler den Glauben an die Möglichkeit, mit diesen rücksichtslosen Gewaltpolizistern zu einer die Volksmassen auch nur einigermaßen befriedigenden Verständigung zu kommen, nehmen.

In aller Heimlichkeit haben sich zwischen der dritten und der vierten Lesung der Wahlrechtsvorlagen die Vertreter des agrarisch-feudalen Großbesitzes, des internationalen Großkapitals und des antidemokratischen Merkantilismus über eine Anzahl Verbesserungsanträge geeinigt. So heimlich, daß nicht einmal die andersgeimmten Fraktionengenossen, auch nicht die Regierung, bis kurz vor der Eröffnung der Sitzung von dem Wortlaut der Anträge Kenntnis erhielten. Kann es ein untrüglicheres Zeugnis für das schlechte Gewissen der Verschöhrer gegen das Wahlrecht geben? Die unter dem Namen der Abgeordneten v. Seydewitz (agrarkonservativ), Sübide (freikonserverativ), Rohmann (nationalliberal) und v. d. Sagen (Zentrum) gehenden vorkühnenden Anträge erhielten außerdem die Unterschrift von 265 „Volksvertretern“, d. h. sämtlicher agrarkonservativer und freikonserverativer, 37 schwerindustriell-nationalliberaler und 31 zentrümliche. Da das vollbesetzte Haus 443 Mitglieder zählt, erklärte sich eine größere Mehrheit als zuvor gegen das gleiche Wahlrecht.

Der Hauptzwachs kam aus der Zentrumsfraktion. Gegen diese wendeten sich in aller Öffentlichkeit die zentrümlichen Arbeiterabgeordneten Brust, Gronowky, Ollmert, Schmidt, (Gons) und Vogelhang, indem sie in Anlehnung an die Beschlüsse des christlich-nationalen Arbeiterkongresses sieben Verbesserungsanträge stellten. Es sei gleich gesagt, daß alle diese Anträge auch mit Hilfe eines Drittels der Zentrumsfraktion abgelehnt wurden. Nur die Sozialdemokraten und Volksparteiler stimmten geschlossen dafür. Der nun wieder zusammengesetzte linke Flügel der Nationalliberalen (nur noch 32 gegen 35 bei der dritten Lesung) beantragte zwar die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, fiel aber auch damit ab. Die national-liberale Fraktion ist infolge dessen gespalten, der Vorsitzende Rohmann trat von seinem Amt zurück.

Das gleiche Wahlrecht wurde in vierter Lesung mit 235 gegen 164 Stimmen abgelehnt, die Anträge der Rohmann und Genossen mit 255 gegen 154 Stimmen angenommen. Die Zahl der Stimmen für das gleiche Wahlrecht hat sich also gegen die vorige Lesung um 21 Stimmen vermindert!

Unmehr ist die „Lücke“ wieder ausgefüllt durch die Vorschriften eines Mehrstimmrechts. Wer über 50 Jahre alt ist, soll eine Zusatzstimme erhalten. Ferner soll eine zweite Zusatzstimme (zusammen drei Stimmen, wenn auch die Altersstufe erreicht ist) erhalten, der entweder als selbständiger Unternehmer oder leitender Oberbeamter mindestens ein Jahr tätig ist oder mindestens 20 Jahre tätig war; oder der als Reichs-, Staats-, Gemeinde-, Kirchen-, Schulbeamter mehr als 10 Jahre tätig ist oder war, oder ehrenamtlich oder selbstständig mindestens 10 Jahre Angestellter im Sinne des Gesetzes vom 20. Dezember 1911 tätig ist oder war, oder mehr als 10 Jahre als Unterbeamter (bis zum „Kottenführer“ herab) tätig ist oder war. Mit dieser nachteiligsten Konstruktion eines praktisch unmöglichen Mehrstimmrechts soll offensichtlich ein Keil in die Arbeiter- und Angestelltenenschaft getrieben werden. Von der Gnade und Willkür des Unternehmers soll es abhängig sein, ob ein „Kottenführer“ mit einer oder mit zwei Stimmen begabt wird. Das Mehrstimmrecht der Wirtschaftsfriedlichen ist das erhobene Ziel. Ein um die Entwicklung der Technik, Kunst und Wissenschaft hochverdienter Privatgelehrter muß danach in seinem Wahlrecht hinter dem kapitalistischen Dienstmann, sei er auch politisch noch so unwissend, zurückbleiben. Für den kapitalistischen Unternehmer genügt ein Jahr „Tätigkeit“, und er bekommt die Zusatzstimme, die tüchtigsten Beamten und Angestellten aber müssen mehr als zehn Jahre amtieren, ehe sie diese Zusatzstimme erhalten. So werden auch die Kriegswucherer und Warenchieber, denen der Nachweis einer einjährigen „Unternehmerfähigkeit“ leicht sein wird, für ihre Volksauswahlung noch extra belohnt.

Das Wahlrecht soll nun aber überhaupt verloren gehen, wenn der Betreffende zur Zeit der Wahl nicht wenigstens zwei Jahre in derselben „Gemeinde“ wohnt! In der Regierungsvorlage war nun schon einjährige Wohnstauverlangt, dies wurde auch noch in der dritten Lesung beschlossen. Nun aber soll der zweijährige Wohnstau die Voraussetzung für das Wahlrecht sein. Wird dies Gesetz, dann ist Hunderttausenden von Arbeitern und Angestellten glatt das Wahlrecht geraubt! Reichsgesetzlich ist jedem Bürger das Freizügigkeitsrecht gegeben, die Industrieunternehmer selbst sind es gemeldet, die seinerzeit darauf gedrungen haben, um „freie Hände“ für ihre arbeiterbedürftigen Betriebe zu erhalten. Die Kriegswirtschaft hat kolossale Massenverschiebungen bewerkstelligt, nach dem Kriege wird infolge der total geänderten nationalen und internationalen Wirtschaftsverhältnisse wieder eine riesige Massensituation eintreten und wer weiß wie lange anhalten. Zahllose Betriebe sind stillgelegt und werden nicht wieder erheben, manche Gewerbebetriebe sind so gut wie verschwunden. Hunderttausende Arbeiter und Angestellte werden nach Brot und Arbeit auf die Wanderung gehen müssen. Dann genügt es, daß sie von einer Gemeinde in eine Nachbargemeinde verziehen, schon haben sie ihr Wahlrecht verloren! Also müssen sie entweder auf ihr Freizügigkeitsrecht verzichten, sich dem Unternehmer zu den erbärmlichen Löhnen bereit halten, oder sie müssen auf ihr höchstes politisches Recht das Wahlrecht, Verzicht leisten. Das ist um so ungeheuerlicher, weil die borussischen Reaktionen dem Vorkühnigen unter Strafandrohung auch die Wahlpflicht auferlegten, damit selbst die Ausübung dieser Pflicht als eine bedeutende Staatsnotwendigkeit erklären. Zugleich soll aber den auf die Arbeitskräfte angewiesenen Arbeitern und Angestellten die Ausübung ihrer höchsten Staatsbürgerpflicht durch einen skandalösen Rechtsraub unmöglich gemacht werden! Die Volksverhöhnung ist unibertrefflich!

Die „echten Breußen“ haben aber auch einen wuchtigen Schlag gegen die Kriegsteilnehmer geföhrt. Nachdem das vorkühnende Mehrstimmrecht angenommen, beantragten Linksliberale, auch den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme zu geben. Die Mehrheit von Konservativen, schwerindustriellen Nationalliberalen und ihr Zentrumsanhang stimmten diesen Antrag wieder! Das müssen unsere Feldgrauen wissen. In schwingvollen Festreden, zwischen Braten und Wein werden die „Toten unserer unergleichlichen Truppen“ immerfort gepriesen. Nun aber, wo diesen gerühmten Soldaten als Anerkennung eine Vermehrung ihres staatsbürgerlichen Rechtes bewilligt werden soll, da lehnt die „Waterlandspartei“ (denn diese sind wieder die Führer des wahrheitsfeindlichen Blocks!) die Zusatzstimme für unsere Kriegsteilnehmer ab. Weckt es euch, ihr Kameraden im Feldgrauen Mod!

Die Provokation wurde gekrönt durch den mit 207 gegen 162 Stimmen gefassten beispiellosen Beschluß, alle Änderungen der Verfassung, also auch des Wahleges und der Herrenhauszusammensetzung, seien nur statthaft mit einer 2/3 (Dreiviertel-) Mehrheit in beiden Häusern!!! Würde dies Gesetz, dann hinge es schon allein von etwa 19.000 preussischen Wohgrundbesitzern, die im Herrenhaus dominieren sollen, ab, wie sich künftig für die etwa 44 Millionen Breußen ihr Staatsbürgerrecht gestalten soll. Eine kleine Sippschaft von ostelbischen Feudalen und westelbischen Repräsentanten des internationalen Großkapitals hätte es dann in der Hand, ein großes Millionenvolk zu terrorisieren. Dielem Zwecke sollen auch die vom Zentrum gestellten „Sicherungs“-Anträge dienen, die, weil das ganze Zentrum dafür stimmte, mit 315 gegen 62 Stimmen angenommen wurden.

Die Regierung hielt sich wieder recht schwächlich. „Auflösen“ will sie nicht jezt, „vielleicht im Herbst“. Nach mindestens 21 Tagen wird laut Verfassung eine neue, die fünfte, Abstimmung erfolgen, evtl. wieder nach derselben Frist eine sechste usw. Die Regierung will noch immer erst das „Herrenhaus“ bemühen, statt an das nach der Verfassung mit seinem Vorkühnigen verlangende Volk zu appellieren. Untraglich ist die Situation für die Volksgenossen, denen Vorkühnung und höhnerde Wahlrechtsverhandlung zuteil wird. Die Reaktionen hoffen, die Volksmassen durch systematische Verdröpfung der innerpolitischen Reform „mürbe“ zu machen. Ihre Hoffnung wird getäuscht werden müssen.

### Krankheiten und Betriebsunfälle.

Nur mit großer Sorge kann der nachdenkliche Volkstreu die Entwicklung der Gesundheitsverhältnisse der Bergarbeiterschaft und besonders das Nachlassen der Betriebssicherheit beobachten. Gewiß sind nun manche Mißstände durch den Krieg bedingt, sollen mit ihm verschwinden; auch deshalb ist die Sehnsucht nach dem Weltfrieden gerade in der Bergarbeiterschaft so stark. Aber wir litten auch vor dem Kriege unter einer ungewöhnlich hohen bergmännischen Krankheitsziffer; und von allen bergbautreibenden Europaländern hatte Deutschland die höchste Zahl der Bergarbeiterunfälle. Bei uns ist wohl, und zwar in Anlehnung an arbeits- und bergbau selbst gegründete Unterstützungskassen (Wunderladen, Knappschaftsvereine), besser für die erkrankten und verletzten Verzeute gesorgt, wie in den Konkurrenzstaaten, aber diese haben oft mehr praktische Fortschritte im gesellschaftlichen Bergarbeitertum gemacht. Der Krieg mit seinen schweren Ernährungsnöten, der sich ebenfalls verschärfende Mangel an guten Betriebsmaterialien, nicht zuletzt auch die viel stärkere Verwendung bergfremder Arbeiter, Arbeiterinnen und, nicht zu vergessen, großer Massen von Kriegsgefangenen hat die körperliche Verfassung unserer Belegschaften keineswegs verbessert, die Betriebssicherheit keineswegs erhöht. Die schlimmen Folgen sind denn auch nicht ausgeblieben.

Das Reichsarbeitsblatt (Nr. 5) bringt eine Zusammenstellung der deutschen Knappschaftlichen Krankenkassen jezt für das Jahr 1916. In den 143 Knappschaftskassen (davon 60 in Breußen, 44 in Sachsen, 17 in Bayern, 11 in Hessen, 3 in Braunschweig) befanden sich 721.745 männliche, 55.827 weibliche, zusammen 777.572 Mitglieder. Die kolossale Vermehrung der

weiblichen Arbeiter ist ein besonders dunkler Punkt. Sie beeinflusst das von der Gesamtbelegschaft gebotene Krankheitsbild in außerordentlich ungünstiger Weise. Nachstehende Uebersicht beweist dies (für 1916):

	Zahl der Mitglieder	Zahl der Krankheitsfälle	Zahl der Krankheitsstage
männliche	721 745	398 297	7 303 639
weibliche	55 827	31 697	484 121

Die Erkrankungen der männlichen Mitglieder sind schon ungemein zahlreich, noch weit stärker ist aber die Krankheitsziffer bei den weiblichen Kassenmitgliedern. Das ist wieder ein durchschlagender Beweis für unsere Forderung des Verbots der Frauenarbeit in der Bergwerkswirtschaft. Wer es heute eben noch aushalten kann, hält sich bei der Arbeit; denn wo auch das Krankengeld erhöht worden ist, für die Vorkühnung des Lebensunterhalts reicht es beidem nicht, da dies ja nicht einmal für den vollen Lohn der weitüberwiegenden Mehrzahl der Arbeiter zutrifft. Infolgedessen schleppen sich heute viele Sehtaufende zur Grube, die kränker sind, als wie sie selbst wissen. Wie die preussische Regierung in einer dem Landtage mitgeteilten Denkschrift (12. November 1917) mitteilt, rechnet sie „nach dem Kriege“ mit einer großen Vermehrung der knappschaftlichen Pensionierungen infolge „der schwereren Arbeitskapazitäten“, die sich erst dann „bei den Kriegsteilnehmern“ geltend machen werden. Aber auch von den anderen Knappschaftsmitgliedern werden sehr viele recht bald nach Kriegsende abgemeldet sein, infolge starker körperlicher Ruinerung die Invalidisierung nachzuliegen. Wer weiß wie viele Krankheiten werden zudem von der Massenstatistik nicht erfasst, weil zahlreiche Kranke sich dort, wo Krankenanstalten existieren, „privat kurieren“ lassen, d. h. den Krankenarzt nicht

in Anspruch nehmen. Das gilt ganz besonders für Oberschlesien. Wir stehen also vor der Laftache einer amtlich bestätigten sehr hohen bergmännischen Erkrankungsstiffer, die aus mehreren Gründen nicht einmal den wirklich besorgniserregenden Zustand der Gesundheitsverhältnisse unserer Belegschaften vollständig erkennen läßt.

Dazu kommt noch ein Anschwellen der Betriebsunfälle, das weit über das befürchtete Maß hinausgeht. Wir haben eine Vermehrung der Betriebsunfälle infolge der massenhaften Einstellung bergfremder Arbeitskräfte befürchtet, und deshalb seinerzeit die obersten Bergbehörden u. a. ersucht, nicht wahllos die Kriegsgefangenen zu beschäftigen, sondern nur solche unter Tage einzufahren zu lassen, die bergmännische Vorbildung genossen. Das ist uns damals zugesichert, aber im weiteren Kriegsverlauf nicht innegehalten worden. Wie der „Kompak“ (Nr. 7), Organ der Knappschaftsberufsgenossenschaft, mitteilt, wurden 1917 im gesamten deutschen Bergbau 162.085 Kriegsgefangene neben 777.510 reichsgesetzlich gegen Unfallfolgen „versicherten Personen“ beschäftigt. Unter dieser großen Zahl befinden sich große Mengen, die vor dem Kriege dem Bergbau völlig fremd waren.

Wir wissen gewiß den starken Mangel an geeigneten Arbeitern, als Kriegsfolge, zu würdigen, dürfen es aber doch nicht unterlassen, die unheilvollen Konsequenzen jener massenhaften Beschäftigung bergfremder Arbeitskräfte ausdrücklich und ernstlich warnend festzustellen. Nach den vorläufigen Witterungen des „Kompak“ sind gezählt worden:

	Versicherte Personen (ohne Kriegsgefangene)	Darvon erlitten schwere und tödliche Unfälle (tatschäftige)	Das sind pro 1000 Versicherte
1913:	918 805	13 763	14,98
1916:	703 614	11 639	16,54
1917:	777 510	13 774	17,72

Schon vor dem Kriege hatten wir eine hohe bergmännische Unfallziffer zu beklagen; wir sehen nun, daß sie während des Krieges noch sehr erheblich gestiegen ist und leztjährig einen erschreckend hohen Stand erreicht hat! Diese anormal hohe Verunglückungsziffer bedeutet für unsere Bergbauwirtschaft den jährlichen Verlust von tausenden Arbeitskräften, wo wir ohnehin an solchen großen Mangel leiden. Bedeutet auch eine gewaltige Zunahme der finanziellen Belastung des Bergbaues, die viel geringer gestaltet werden kann und werden muß durch eine Verschärfung der Betriebskontrolle.

17,72 schwere und tödliche Verunglückungen pro 1000 Versicherte, das ist ein erschreckendes Resultat! Ueber diesen hohen Durchschnitt hinaus formen auf je 1000 Versicherte im Sektionsbezirk Bonn 18,36, Bochum 19,24 und Gutesen-D.-Schl. sogar 21,79 Verunglückungen! In Niederschlesien sind es nur 7,86 gewesen. Im benachbarten Oberschlesien aber 21,79! Es ist nicht ernsthaft zu bestreiten, daß die ältere und bessere gewerkschaftliche Organisation in Niederschlesien hier die Betriebsverhältnisse auch günstig beeinflusst, während in Oberschlesien, wo unserer Organisation nach wie vor die größten Schwierigkeiten gemacht werden, wo sie bisher keine dauerhafte geweigen ist, die außerst mangelhafte gewerkschaftliche Schulung der Arbeitermassen auch die dortige höchste Unfallziffer mit erklärt macht.

Unsere Mahnungen zur größeren Vorsicht bei der Anlegung bergfremder Arbeiter sind viel zu wenig beachtet worden. Die Betriebskontrolle ist häufig so schwach, daß sie praktisch gar nicht existiert. Unsere Forderung, wenigstens den Postbehelf der Sicherheitsmänner nicht anzuschalten, war vielfach in den Wind gesprochen. Die Anlegung weiblicher Arbeiter ist auch ohne Rücksicht auf unsere Mahnungen und Warnungen vor sich gegangen. Die enorm hohe Krankheitsziffer und die außerordentlich starke Zunahme der Betriebsunfälle zeigt, wie rapide bergab es mit den Gesundheitsverhältnissen der Belegschaften geht und wie miserabel es mit der Beachtung und Kontrolle der Unfallverhütungs-Vorrichtungen aussieht. Es wird gewirkt, als ob wir noch einen Ueberfluß an Menschen hätten.

Die Arbeiter selbst sind zum Teil nicht schuldlos an dem Unheil. Denn wer weiß wie oft konnten sie in der Werksbesitzerpresse lesen, daß die Arbeiterforderungen „nicht bewilligt“ würden, und gelegentlich verriet dann ein Werksbesitzerorgan, warum nicht. „Wer die Macht hat, hat das Recht“, erklärte man uns. Nur zu viele Bergarbeiter hörten dies wohl, klagten auch bitter über diesen Herrenstandpunkt, taten aber nichts, um sich die Macht zur Verbesserung ihrer Lage zu verschaffen. Sie blieben nur am klagten, knurren und sämpten, statt sich gewerkschaftlich zu organisieren, um so ihren Willen zum Arbeiterrecht nachdrücklich zu bekunden. Diese bloß klagenden, die zwar jämmerlich litten, sich aber nicht aufraffen zur Besserung, diese Unorganisierten tragen die grütelt vulle Verantwortung für die Mißstände im Bergbau. Die Werksbesitzer sind nun einmal Vertreter ihrer eigenen Interessen, abbeuten und abschmeicheln lassen sie sich die Anerkennung des Arbeiterrechts nicht. Das muß nachherade jedes Kind aus der Geschichte der Bergarbeiterherwegung aller Länder gelernt haben.

Die Unbelehrbaren, oder doch die so sich unbelehrbar stellen, die sind verantwortlich für das, was den Bergmann noch immer drückt und peinigt. Machen wir überall eine wohl vorbereitete Offensive auf die Gassen der Unorganisierten, bewegen wir sie zum Anschluß an den Bergarbeiterverband, halten wir die Organisierten fest und geschlossen zusammen, dann erlangen wir schon die Macht zur Beseitigung der brüdensten Mißstände im bergmännischen Beruf.

### Zur Lage der Saarbergarbeiter.

Die unterzeichneten Organisationsleitungen wandten sich mit folgendem Schreiben an den Minister für Handel und Gewerbe: Saarbrücken, den 5. Juni 1918. In den Herrn Minister für Handel und Gewerbe Excellenz Dr. Sydow, Berlin. Die unterzeichneten Vertreter der beiden Bergarbeiterorganisationen des Saarreviers gestatten sich, Em. Excellenz lang ergebend mitzutteilen, daß sich seit unserer letzten Ausdröcke mit der königlichen Bergwerksdirektion am 17. Mai d. Js. unter den Bergarbeitern des Saarreviers eine Erregung bemerkbar macht. Wir wollen nicht verfehlen, Em. Excellenz darauf aufmerksam zu machen, und berufen damit die Bitte, die berechtigten Wünsche der Bergarbeiter zu erfüllen. Die

beiden Organisationen werden sich gestalten, nebenher einen ausführlichen Bericht über die heutige Lage der Saarbergleute einzusenden, und zeichnen

mit vorzüglicher Hochachtung, ergebenst!

Für den Gewerksverein christl. Bergarbeiter Deutschlands:

ges. Fritz Kuhnert.

Für den Verband der Bergarbeiter Deutschlands:

ges.: Franz Wokorny.

Außerdem wurde dem Minister für Handel und Gewerbe durch die Bezirksleitung unseres Verbandes folgender Bericht über die Lage der Saarbergarbeiter überhandt:

Saarbrücken, den 8. Juni 1918.

An das Ministerium für Handel und Gewerbe, zu Händen Dr. Eggelenz Dr. Sydow, Berlin.

Die Unterzeichnete Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erlaubt sich, nach Aussprache und Verständigung mit der Bezirksleitung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter zu Saarbrücken Eurer Excellenz über die Lage und Vorkommnisse in letzter Zeit im Saargebiet Aufklärung zu geben.

Es haben am 20. Februar und am 17. Mai d. J. zwischen den Vertretern der königlichen Bergwerksdirektion zu Saarbrücken und den Vertretern der beiden für das Saarrevier in Frage kommenden Bergarbeiterverbände Verhandlungen stattgefunden, in denen Lohn- und sonstige Arbeiterfragen erörtert wurden. In der Hauptsache war es die Lohnfrage, über die in den Verhandlungen eine Verständigung zwischen der königlichen Bergwerksdirektion und den gewerkschaftlichen Arbeitervertretern versucht wurde. Leider haben diese Verhandlungen nicht ein Ergebnis erzielt, mit dem sich die Saarbergleute hätten zufrieden geben können. Auch die von den Zentralvorständen der Bergarbeiterverbände bei Eurer Excellenz angeführte und stattgefundene Besprechung hat dieses Ergebnis nicht günstiger gestaltet. Daher erlaubt sich die Bezirksleitung des unterzeichneten Verbandes, ergebenst, noch einmal Eurer Excellenz auf die Notwendigkeit einer besseren Lohn- und Arbeiterbehandlung im Saargebiet

hingewiesen. Trotz der bisher vorgenommenen Lohnerhöhungen können die Saarbergleute damit nicht einverstanden sein, weil diese Erhöhungen einen Ausgleich mit der fortgesetzten Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht herbeigeführt haben. Die im August vorigen Jahres geforderten und Ende September bewilligten 10,50 Mark Durchschnittslohn für Saarer reicht nicht aus, die damalige Lebenshaltung der Bergarbeiter zu sichern. Inzwischen sind die Kartoffelpreise allein um weit mehr als das Doppelte gestiegen, in der Stadt Saarbrücken müssen sogar 12,50 Mk. für den Zentner gezahlt werden; in ländlichen der Umgebung sind sie nicht viel billiger. Preissteigerungen, die den Bestand der Vorräte für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel im Arbeiterhaushalt betreffen, wiesen in der Zeit vom Herbst 1917 bis zum Frühjahr 1918 eine Durchschnittserhöhung von 20-40 Prozent auf, und die Preise steigen weiter, wie selbst behördlich angekündigt wird! Ihnen steht nach Angaben der königlichen Bergwerksdirektion eine Lohnsteigerung von etwa 10 Prozent im Saargebiet gegenüber. Der im Vorjahre anlässlich der Lohnbewegung der Saarbergleute bewilligte Lohn betrug, wie oben angegeben, 10,50 Mark, im November 1917 sollten, nach Angaben der Direktion, 11,32 Mark verdient worden sein; in der Sitzung am 17. Mai erklärte die Direktion, daß der Sauerlohn bzw. Lohn für eigentliche Bergarbeiter 11,58 Mark im Monat April betragen habe. Ist dem so, dann ist es richtig, daß sich

die Lebenshaltung der Bergarbeiter verschlechtert hat.

Man hat hier festzuhalten, daß es sich bei dem Vergleich mit den Lebensmittelpreisen um solche Waren handelt, die den Bergleuten überall käuflich sind, zumeist die rationierten Waren. Wegen des großen Mangels an manchen dieser Waren, oder besser gesagt, wegen der Zurückhaltung von Waren durch Produzenten und Händler, langen die für die Bergleute zur Verfügung stehenden und an sie verteilten Waren nicht aus, sie sind gezwungen, sich des Schleißhandels zu bedienen, wo sie Preise für Lebensmittel und andere Bedarfsartikel aufbringen müssen, die das Zwein- und Mehrfache gegen die Friedenspreise und das Doppelte und Dreifache gegen die Preise von vor ein und zwei Jahren ausmachen.

Für Kindererziehung werden 80 bis 100 Mark genommen, Krüge müssen mit mehreren hundert Mark schon im letzten Handel bezahlt werden, so geht es auch mit Frauen- und Mädchenkleidern. Der lange Krieg hat in erster Linie in den Arbeiterfamilien die Hauswirtschaft ruiniert, die Haushaltsgegenstände, Kleidung, Wäsche, alles das muß neu angeschafft werden, aber Monatslöhne gehen drauf, um das eine und das andere, was unbedingt angeschafft werden muß, zu kaufen. Was hat da der Lohn von 11,58 Mark für den Mann und die Familie zu bedeuten, die von der Hand in den Mund leben, und die alles und jedes Kind zahlen müssen? Wer im Saargebiet vertraut ist, weiß, daß es Laufende von Bauern gibt, die bis heute nicht einmal den Lohn von 10,50 Mark erreicht haben, von diesen Arbeitern geht die Mehrzahl mit unter 10 und 9 Mark Bruttolohn nach Hause. Diese haben den Hammer der Leuerung am meisten zu tragen.

Der Nettolohn fällt bei hunderten Bergleuten sogar unter 8 Mark herunter. Wenn gewünscht wird, sind wir bereit, hierfür die Weise in Gestalt der uns vorliegenden Lohnzettel zu erörtern. Dabei handelt es sich um die bestbezahlten Arbeiter, die Sauer, die eigentlichen Bergleute. Und wenn es dann vorkommt, wie es vielfach geschieht, daß Sauer, die den angegebenen Durchschnittslohn nicht einmal erreichen, um Gedingestützungen gefallen lassen müssen, dann kann man sich die Erörterung denken, die solche Maßnahmen auslösen. So sind auf Jagersfreude, Abteilung 13, 9. Sauer Kameradschaften, die bisher einen Gedingelohn von 9,80 Mark verdienen, die Gedinge um 60 Pf. pro Tonne gekürzt worden, anderen Kameradschaften auf derselben Grube das Gedinge um 11 bis 10 Pf. In der Steigerabteilung 13 auf Grube Neben hat die Kameradschaft Müller-Günter im März d. J. 12 Mark Nettolohn verdient. Sie haben sich bedauert und haben auf die vielen Nebenarbeiten, die sie zu leisten hatten, hingewiesen. So gab es in dem Monat eine Anzahl von Arbeitslosen, an 5. März sah die Betriebsleitung und Wagenmangel, am 7. März Stroh- und Holzfeilerarbeiten, waren allein 5 Mann beschäftigt worden, am 9. März in der Hühnerstrotarbeit und Verlegung eines Mannes zu Tage, am 11. März Stroharbeiten und Förderungsstahl durch Jagersfreude, am 12. März gab es wieder Stroharbeiten und Bergearbeiten, am 18., 25. und 29. März desgleichen. Die Arbeit war am Bergrevier weit zurück, so daß stets ein Mann dort beschäftigt war; die Schuld daran lag an dem Steiger, der die Arbeit im Bergrevier hatte einstellen lassen. Die angeführten Arbeiter, die zur Vorrückung und Sicherheit dienen, werden im Vergleich zu vielen anderen Bergarbeitern im Saargebiet zumeist nicht bezahlt. Wenn solche Arbeiter aber sich anmelden, wie das an der Grube Neben der Kameradschaft Müller-Günter und an der Grube Neben der Kameradschaft Müller-Günter und an der Grube Neben der Kameradschaft Müller-Günter, wie angegeben, so versteht man, daß sich eine Kameradschaft beklagt. Das hat auch die genannte getan; in ruhiger, höflicher Weise aber hat Entgegenkommen der Bergverwaltung beklagt, daß sie

zurückzog und diese in kürzester Zeit zum Militärdienst beordern ließ. Diese Art und Weise, Beschwerdeführer zu behandeln, die mit den verdienten Kameradschaften nicht einverstanden sind, scheint jetzt im Saarrevier Mode zu werden.

Auf Nebenlohn ging es wie auf Neben zu. Ebenso wurde der Bergarbeiter Johann Lehnen aus Spießen auf Grube Seinitz behandelt, nur weil er bessere Bedingungen wünschte. Mit ihm sind eingezogen wegen einer Lohnsteigerung der Maschinist Emil Meyer auf Grube Viktoria bei Müllingen, wegen Organisationsangehörigkeit der 42 Jahre alte Bergmann Johann Mich aus Fischbach. Der Bergarbeiter Konrad Andres aus Heiligenswald wurde auf schnellstem Wege eingezogen, weil er eine ihm seitens eines Beamten zugesagte ungerechte Ehrenverletzung sich verbat. Die Saarbergleute klagen nicht nur über Hunger und fargen Lohn, sie klagen, daß ihnen heute auf den Saargruben überhaupt eine Behandlung zuteil wird, wie sie das seit Jahren nicht mehr verspürt haben.

Vor Club zusammenschneidende Menschen werden mit Lohnreduktionen traktiert.

Im Revier stellt sich heraus, daß bei mangelhafter Ernährung und infolge der Ueberanstrengung besonders die jungen Leute bis zum 20. Jahre von Krankheiten befallen werden, die man früher nicht gekannt hat und die die Letzte als Folge der Unterernährung hinführen. Statt mit richtigen Mitteln den jungen Leuten entgegenzukommen und dafür Sorge zu tragen, daß sie für ihr ganzes Leben nicht zu frühzeitig unglücklich gemacht werden, ist man auf der Grube Friedrichsthal bezogen und hat solchen erkrankten jungen Leuten befohlen, Werke zu unterschreiben, daß sie gewillt sind, für bis zu 2 Mark weniger Lohn, als wie sie ihn in gesunden Tagen verdient haben, zu arbeiten. In der Lohnfrage wollen wir uns noch folgende Hinweise gestalten: Bei der anscheinend übergroßen Zahl von Beamten auf den Saargruben hält man es für angebracht, diese Beamten

zur Kontrolle an den einzelnen Arbeitspunkten zu verwenden. Das geschieht natürlich auch mit der Absicht, die Gedinge auszubrobieren. Was geschulten Steigern auf Grund von Erfahrungen in wenigen Stunden gelingen müßte, dazu bedarf es auf den Saargruben mehrerer Beamten und mehrerer Tage. Wie es dabei getrieben wird, dafür folgendes typisches Beispiel:

Im Arbeitsbetrieb, Flöz 4, Strebe II, Westl. Abteil. III, Schichtlohnarbeit, hatte die Kameradschaft bei guter Anstrengung im Monat März 8,55 Mark, im Monat April nur noch 8,09 Mark Gedinge bzw. Nettolohn verdient. Als Ursache des niedrigen Lohnes wird das niedrige Gedinge (3,40 Mark für die Tonne Kohlen), hauptsächlich aber das schlechte Gebirge angegeben, das dem Eisen- und Stempelbau stark im Wege stand. Unter solchen Umständen verlangte die Kameradschaft ein besseres Gedinge — mehrfach ist das geschehen — mit dem Erfolg, daß am 7. Mai in der Frühsticht der Fahrsteiger Gräßer, der Steiger Weidung und noch ein Aufseher vor der Arbeit erschienen und die Kontrolle der Arbeit übernahmen. Was sonst fehlte, wurde unter der neuen Aufsicht und Mitwirkung herangebracht, Holz und Eisen; es wurden noch zwei Mann zur Kohlengewinnung hinzukommandiert und andere Änderungen getroffen, die zur Hebung der Förderung dienten. Die Kontrolle hat drei Tage gedauert, die Kohlen wurden da genommen, wo sie am besten fielen; statt mit Eisen wurde mit Holz verbaut, der Bergrevier wurde vernachlässigt, Nebenarbeiten so gut wie gar nicht gemacht, und die Sicherung in einer Weise behandelt, wie das bisher vor dieser Arbeit noch nicht passiert war. Aber, was die Beamten wollten, ergelien sie. Es wurden so viel Kohlen gefördert, daß der Gedingelohn um 2 bis 3 Mark an den drei Tagen stieg, so daß nach Auffassung der Beamten an eine Verbesserung des Gedinges nicht zu denken war. Die Kameradschaft konnte dem gegebenen Beispiel nicht folgen, denn kaum hatten die Beamten ihre Kontrolle beendet, als

der ganze Arbeitsort gänzlich zu Bruch ging, und dem Werk nach Schätzung mehrere zehntausende Mark Schaden entstanden ist.

So war bei der Kontrolle gewirtschaftet worden. Mahnungen aus der Kameradschaft, daß es soweit mit einer solchen Kontrolle kommen würde, wurden nicht beachtet. Der Fahrsteiger hat erklärt: „Ich übernehme die Verantwortung!“ Die ihm schwer genug geworden wäre, wenn der Zusammenbruch der Strebe während der Arbeit erfolgt wäre. Dann hätte es Leiden und Verdruß abgeleitet. So wurden die Gedinge ausprobiert, es sind ja genug Beamte da, und der Bergrevier hat Geld, wenn sich wie oben auf der Grube Sulzbach und auf anderen Werken, solche Folgen von Gedingeprobierungen ergeben. Das ist kein Einzelfall auf Grube Sulzbach, wer die Saarverhältnisse kennt, weiß, wie Sicherungen für Leben und Gesundheit der Arbeiter zum Lohn stehen. Wir geben zu, daß nach beinahe vier Jahren Krieg

die Gesamtleistung auch der Saarbergleute sich vermindert hat.

Die Unterernährung und die vielfach gestörten oder minderwertigen Nahrungsmittel tragen nicht dazu bei, die physischen Kräfte der Arbeiter hoch zu halten. Dazu kommt, daß ein Teil der besten, jüngsten Kräfte im Felde steht und durch Gefangene sowie invalide und bergreife Arbeiter oder durch Frauen und jugendliche Arbeiter ersetzt werden muß. Hinzu kommt dann als Ursache der Minderleistung der Mangel an Rohmaterial, von gebiegenen Werkzeugen usw. und schließlich, wie das im Saargebiet häufig genug zu beobachten ist, unzulängliche Verletzungen und Zusammenlegungen der Kameradschaften, wie auch, wie der Fall von Grube Sulzbach zeigt, falsche Anordnungen. Minderleistung aus Muthwillen oder Trägheit herbeizuführen, würde dem Arbeiter heute schlecht und bitter zu stehen kommen. Er weiß ja kaum, wie er mit den besseren Löhnen auskommen soll, wie aber mit niedrigen Löhnen haushalten? Die teure Kriegszeit zwingt die Menschen zu arbeiten, was in ihren Kräften steht, schon um der Möglichkeit halber, ihre Existenz aufrecht zu erhalten. Wie es in Wirklichkeit aussieht mit der Vorenthaltung der Arbeitskraft auf den Saargruben, das kann nur mit den Worten ausgedrückt werden, daß die Bergleute nie schwerer arbeiten müßten, wie in den Kriegsjahren. Wie haben sie ihre Gesundheit und ihre Kräfte mehr anspannen müssen, wie in dieser Zeit. Das, ist eine Wahrheit, die gegenüber den Kameralisten über Minderleistung der Bergarbeiter ausgesprochen werden muß.

Wir erinnern da an

die Ueberstunden und Ueberstunden.

die auf den Saargruben haufenweise verfahren werden. Für den Bergmann, der Adervirtschaft besitzt, Selbstversorger ist und über gute Nahrungsmittel verfügt, für den mögen die Ueberstunden im Verlaufe von überanstrengenden Ueberstunden nicht so groß sein, als für jene tausende Bergleute, die sich mit einem Nahrungsmittelknapp begnügen müssen, wie ihn selbst der arme Mensch in Friedenszeiten nicht kannte. Die einfachen Schichten sind für diese tausende Bergleute Ueberstunden, sie absorbieren völlig die Kräfte, die ein Arbeiter übrig hat. Wenn trotzdem Ueberstunden und Ueberstunden verlangt werden, dann ist es nicht an dem Ueberstunden Beamten und an der Behandlung der jungen Leute schon gezeigt, zu welchen Folgen das führt. Gebirge, es lassen sich Ueberstunden und Ueberstunden nicht ganz vermeiden, aber es muß alles sein, was möglich ist. Wie es damit aber steht, zeigt die kürzlich im Saargebiet erlassene Anordnung, daß so- und soviel Ueberstunden zu verfahren sind, keine Rede ohne Ueberstunden. Da

werden die Arbeiter nicht gefragt, kaum, daß es den Arbeiterauschüssen angedeutet wird; es heißt einfach, es werden dann und dann Ueberstunden verfahren! Bergarbeiter, die diesem Befehl nicht nachkommen, werden in Strafe genommen. Ob die Bergarbeiter für die Befahrung die Zeit und die Nahrungsmittel haben, spielt keine Rolle. Da ist es kein Wunder, wenn ein großer Teil der Bergarbeiter solche Art der angeordneten Befahrung abgelehnt hat. Sie sind bis zu 4 Mark und darüber für ihr Fehlen bei der Uebersticht bestraft worden. Es ist erklärlich, daß die Bergarbeiter lebhaft gegen die Befahrungen protestieren und sich den Abzug der Strafgebühren nicht gefallen lassen wollen. In ihren Reihen ist die Auffassung verbreitet, daß heute noch die Erklärungen, die aus dem preussischen Bergwerksministerium stammen, gelten, daß Zwangsmittel, um Ueberstunden zu erzwingen, gegen Bergarbeiter nicht angeordnet werden dürfen.

Zur Frage der Ueberstunden möchten wir noch auf folgende Tatsachen hinweisen, die das Verfahren von Ueberstunden den Bergleuten im Saarrevier schwerer machen, als in anderen Bergrevieren. Tausende Bergarbeiter wohnen weit von ihrer Arbeitsstelle entfernt, weit in die Pfalz hinein, im Sundrisch, Westl. Trier u. a. Viele von ihnen fahren täglich nach Hause und verlieren dadurch täglich viele Stunden wegen Bahnfahrt und Weggängen von den Heimstationen nach Hause und zurück. Wenn diese Leute in der Morgenschicht arbeiten und Samstagabend Ueberstunden verfahren, kommen sie in mehr als drei mal acht Stunden überhaupt nicht zur Ruhe. Und Sonntag gehen religiösgehaltene Bergarbeiter zur Kirche, und wenn sie einen Vater haben, nachher zur Feldarbeit, die sie in den wenigen freien Stunden in der Woche auch noch betreiben. Für diese Leute sind die Ueberstunden eine Plage, und mehr noch für diejenigen, die die ganze Arbeitswoche in dumpfen Schlafhöfen liegen, nicht die Bequemlichkeiten eines Familienlebens genießen und nur des Sonntags nach Hause kommen, um dort ihre für sie bereitstehenden Arbeiten zu erledigen. Das geht ja nicht, jahraus ja. Vielfach macht sich auch die Bergverwaltung nichts daraus, die Verlegung von Bergleuten so vorzunehmen, daß diesen nicht wenig Zeit verloren geht, um nach und von den Schichten zu kommen. Wir haben Beispiele, wo auch durch bürokratisches Eingreifen gewisser Behörden auf dem Lande den nur an den Sonntagen zu Hause weilenden Bergleuten sogar noch diese Freizeiten durch nutzlose Laufereien und Befahrungen genommen werden. Die Saarbergleute wenden sich vor allen Dingen

gegen die niedrigen Löhne,

nicht nur, weil die Leuerung Familien mit niedrigem Einkommen zum Hungern und zur unerschöpflichen Entbehrung verdammt, sondern weil die niedrigen Löhne auch ein Unrecht bedeuten. Die Lohnunterschiede betragen im Saarbergbau bei den Bauern 5 und 6 und mehr Mark, es gibt, wenn nicht viele, so doch Bergarbeiter, die fast den doppelten Lohn verdienen, wie ihre Mitkameraden gleichen Berufsgrades. Dabei haben, wie jeder Berufsbergmann weiß, oft die Männer um den geringeren Lohn sich mehr abgemüht, als diejenigen, denen glückliche Verhältnisse zur Seite standen und die hohe Löhne verdienten. Auf Gruben in den Nachbargebieten des Saarreviers, z. B. die Pfälzischen, sind die Sauerlohnunterschiede aufs äußerste eingeschränkt, sie dürften in St. Ingbert und Verbach kaum 2 Mark betragen. Warum soll das im Saargebiet nicht möglich sein, warum soll es keinen Weg geben, der dem pfälzischen niedrigen Lohnunterschiede nahekommt? Leiden könnte doch höchstens das System, daß Gedinge vielfach nach Gunst und Ungunst verteilt werden, worüber die Klagen der Bergarbeiter auch nicht aufhören. Und schließlich liegt es im Interesse des Bergleutes wie auch im Interesse anderer Unternehmer selbst, daß die Quelle des ständigen Unfriedens in der Arbeiterchaft, das sind nicht allein die großen Lohnunterschiede, das sind vor allen Dingen die niedrigen Löhne, endlich verstopft wird und die Arbeiter ihrer Arbeit und ihres Lebens froh werden. Dazu gehört dann noch die Beseitigung der im Saargebiet grassierenden

Scheingedinge.

Es schwächt die frohe Arbeit, die Aussicht, nicht zu wissen, was verdient wird. So geht es einem großen Teile der Gedingearbeiter, die vielfach erst in den letzten Tagen des Monats erfahren, was sie ungefähr, bestimmt wissen sie es immer noch nicht, verdienen, und die auch hier sich der Gunst und Ungunst ihrer Vorgesetzten überlassen sehen. Schließlich fordern die Bergleute die Erhöhung der Schichtlöhne unter und über Tage,

Erhöhung auch der Löhne für Frauen und jugendliche Arbeiter. Wie häufig finden sich Frauen, die durch ihre Erwerbsarbeit, wenn der Mann im Felde oder verstorben ist, gezwungen sind, sich und eine Anzahl Kinder zusammen zu ernähren. Da heißt es auch bei den meisten Frauen im Saargebiet: Arbeiten und hungern! Ueber Tage werden ausgelernete Handwerker (Werkshandwerker) oft nicht besser bezahlt, wie ungelernete Schichtlöhner. Auch hier muß eine Änderung eintreten. Hier gibt es genug Handwerker, die verheiratet und mit vielen Kindern gesegnet sind, die samt allen Zuschlägen keinen ausreichenden Lohn verdienen. Aus diesen wie aus anderen Gründen haben die Bergarbeiterverbände auf dem Standpunkt gestanden, daß es gut wäre, in der schweren Kriegszeit auch den

Kinderreichen Familien

durch Gewährung von erhöhten Kindergeldern entgegenzukommen. Was den Kindern an Schuhen, Kleidern und Wäsche gekauft werden muß, erfordert horrenden Summen. Mit den bisher gezahlten Kindergeldern ist da wenig gedient. Man sollte meinen, daß es hier gar keiner Begründung bedarf, um helfend einzugreifen. Will man ärmere Familien mit großer Kinderzahl besonders berücksichtigen, läßt sich schon der Weg finden, wenn der gute Wille da ist.

Hiermit sind die Wünsche und Befürworte angedeutet, die sich in den Lohnfragen laut machen, und die die Bergarbeiter auch im Saarrevier ständig in den letzten Jahren in Bewegung gebracht. Wir erkennen an, daß man durch Bewilligung von Lohnforderungen und Entgegenkommen andererseits dazu beigetragen hat, daß ernste, schwierige, wirtschaftliche Konflikte ausgeblieben sind. Auch die Bergarbeiter erkennen das an, aber Notwendigkeiten, von welchen oft ihre Existenz abhängt, zwingen die Bergarbeiterchaft, mit ihren Forderungen über das Bewilligte hinauszugehen. Wer unter und mit den Bergleuten lebt, versteht das und muß den verlangenden Recht geben.

Die Gründe, die bisher den Forderungen der Bergarbeiter entgegengehalten wurden, z. B. der Hinweis auf die „selbstverschuldete“

Minderleistung der Bergarbeiter,

sind nur Scheingründe, sie sind eine Verletzung des Berufs, der Arbeitsehre der Arbeiter. Wir betonen nochmals, in keiner Zeit sind die Arbeitskräfte im Bergbau so angepannt gewesen, wie während dieses Krieges. Wenn die Leistung trotzdem fiel, dann sind hierfür Ursachen vorhanden, an denen die Arbeiter unschuldig sind, für die sie keine Verantwortung zu tragen haben. Mit berechtigtem Ingrimm wendet sich die Bergarbeiterchaft gegen die Versuche, sie für wirtschaftliche Wirkungen der Minderleistungen haftbar zu machen. Wenn der historische Betrieb in wenigen Jahren auch nicht die Rentabilität der früheren Jahre zeigt, wenn aber gerade für den Staatsbergbau die Aussicht besteht, nach der Kriegszeit sich am ehesten zu erholen, dann so meinen wir, sollte man zu Zeiten, wie wir sie jetzt in Deutschland durchmachen, nicht nur auf Industrie, sondern auch auf Lebenskultur desjenigen Teiles der Bevölkerung setzen, die

Ihre Kraft und Gesundheit zusehends mehr und mehr dem Lande zum Opfer bringt. Die Kraft Deutschlands beruht nicht allein auf der Abwehr unserer militärischen Volksgenossen an den Fronten, auch in der Heimat, in der Industrie, in Schacht und Hütte werden unendliche Opfer gebracht, diese Verteidigung des Landes brauchen sie ermöglichen. Was sollen da die Summen bedeuten, die aufzubringen wären, um die Kräfte der Arbeitenden zu erhalten. Was da für Summen aufgewendet werden müßten, um vor allen Dingen die niedrigen Löhne im Saarbergbau verschwinden zu lassen, das ist nicht von der Bedeutung, den Widerstand gegen die Beseitigung dieser niedrigen Löhne, wie er in den bisherigen Verhandlungen zwischen Bergverwaltung und Arbeitervertreter zutage trat, zu rechtfertigen. Wir ersuchen daher Eure Exzellenz, dafür zu sorgen, daß die Saarbergleute nicht vergebens darauf hoffen, was ihnen längst und zu Recht gebührt.

Eure Exzellenz machen wir zum Schluß noch auf die rücksichtslose Behandlung der Saarbergleute aufmerksam. Wie es damit auf den Saargruben bestellt ist, das erinnert an die Luft, die aus dem bekannten Arbeiterreglement von 1797 herausstrahlt. So wie heute muß es im Saarrevier schon vor mehr als hundert Jahren ausgesehen haben. Weniger die hohen, als die Unterbeamten, Steiger und Obersteiger, sind es, die sich gegen Arbeiter in der rücksichtslosesten Weise benehmen. Strafen und Grobheiten setzt es wegen den geringsten Kleinigkeiten ab. Und auch an Mißhandlungen mangelt es nicht, die, wie wir schon erlebt haben, von höherer Stelle aus (Grubeninspektion 9, Friedrichsthal) dann noch gerechtfertigt werden.

Erzählungen mit dem Schühengruben kann man täglich hören, und wie auf berechtigte Beschwerden tatsächlich mit Einzichungen geantwortet wird, davon erzählen die schon weiter oben angeführten Beispiele von den Gruben Heden, Heintz usw. Es werden auch Arbeiter auf gewisse Zeiten abgelegt, und auch das wegen Kleinigkeiten. Es ist der übergroße Teil der Unterbeamten, der sich so benimmt, und wie oft man sich auch gegen sie beklagt hat, diese Ungehörigkeiten gehen weiter. Früher mochte das gehen, weil die Saarbergleute es nicht besser wußten; heute sind sie in ihrer Mehrheit gewerkschaftlich organisiert, heute wissen sie, wie Arbeiter anderwärts behandelt werden, und welche Behandlung Arbeiter in Anspruch nehmen können. Und daher halten sie es für auf, auch auf diesem Wege einmal die höchsten Stellen in der preussischen Bergverwaltung davon in Kenntnis zu setzen, daß es so, wie es die vom übergeordneten Autoritätsbüro besetzten Unterbeamten bis heute getrieben haben, nicht mehr weiter gehen darf.

Wir sehen davon ab, hier auf etwa noch vorhandene Wünsche einzugehen. Darüber wird der obersten Bergverwaltungsstelle noch von anderer Seite aus Bericht erstattet werden. Uns kommt es darauf an, den allgemeinen Wünschen der Saarbergarbeiter entsprechend, dem Bergwerksministerium die Klagen und Beschwerden zu unterbreiten und zu zeigen, wo anzusetzen ist, wenn im Interesse des Vaterlandes, besonders während des Krieges, alles seinen ruhigen und ordnungsgemäßen Gang gehen soll.

Ergebnis!

Die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.  
F. A.: Franz Boforny."

Dieser Bericht zeigt uns lediglich die Auswüchse eines Systems, wonach der Arbeiter nur Untergebener und nicht gleichberechtigter Vertragspartner ist. Dieses System sich weber mit dem natürlichen, noch mit dem geschriebenen Recht in Einklang. Infolge der Interessenslosigkeit der unorganisierten Saarbergarbeiter hat es sich aber immer tiefer einbürgern können. Die alten Unterlassungssünden rächen sich jetzt besonders schwer. Was in Jahrzehnten versäumt wurde, läßt sich so schnell nicht wieder einholen. Ein Systemwechsel ist notwendig, der aber nur nach und nach durchzuführen ist, wenn die Saarbergarbeiter nicht erlahmen, sondern sich dauernd und immer fester in ihrer Organisation zusammenziehen. Die geänderten Verhältnisse wären gar nicht denkbar, und unsere Kritik würde sich folglich erübrigen, wenn alle Saarbergarbeiter immer ihre Organisationspflicht erfüllt hätten.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Kriegsgewinne der Siegerländer Hütten.

Auch die Hüttenwerksbesitzer im Siegerland, die häufig als „angemessene Preiserhöhung“ nicht mehr eristenzähig bleiben zu können. Die „Selbstkosten“ seien „zu stark“ gestiegen. Ganz so schlimm, wie geflucht wird, steht es um die Aktienhaber aber nicht. Die 14 bekanntesten Siegerländer A.-G. in der Siegerländer Hütten- und Metallindustrie, voran die Charlottenhütte, Friedrichshütte, Geisweider Eisenwerke, Bramarhütte, Niederschelderbütte, Eierfelderbütte, hatten im dritten Kriegsjahr an

Aktienkapital	42 703 000 Mark
Abreibungen	11 795 177 Mark
Reingewinn	17 765 299 Mark
Bert. Dividende	6 421 500 Mark

Der Reingewinn allein, also nach erfolgter Abschreibung, betrug bei jenen 14 Werken nicht weniger als 17 Prozent vom Aktienkapital! Abschreibungen und Reingewinn zusammen machten fast 70 Prozent vom Aktienkapital aus! Das ist doch ein kolossaler Betriebsüberschuß. Trotzdem erklären die Werksbesitzer, sie könnten die Arbeiterlöhne nur dann erhöhen, wenn die Preise für die Bergprodukte weiter erhöht würden. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Ueberhöfische der Braunkohlenindustrie.

Die Rheinische A.-G. für Braunkohlenbergbau und Bricketfabrikation (Köln) kann auch für das letzte Geschäftsjahr ein stark gestiegenes Gewinnergebnis verzeichnen. Die Geschäftslage teilt mit, es sei möglich gewesen, die Förderung und Fabrikation wesentlich zu erhöhen; in einzelnen Monaten wurde die Beteiligung beim Rheinischen Bricket Syndikat sogar überschritten. Berechnet wurden (bei 38 Millionen Mark Aktienkapital im letzten Jahre, 33 1/2 im Vorjahre, 32 bis 1916 und 28 in 1913):

Jahr	Bruttogewinn	Abreibungen	Reingewinn	Dividende
1913:	6 065 722	1 488 061	3 601 095	2 800 000
1914:	7 734 287	1 631 435	5 316 906	3 520 000
1915:	7 115 383	1 798 946	4 473 319	2 800 000
1916:	8 800 593	2 582 717	5 181 624	3 200 000
1917:	12 897 707	3 814 810	6 507 853	4 020 000
1918:	15 921 707	4 582 261	8 117 106	4 900 000

Die Bergverwaltung erklärt, wegen der sehr starken Inanspruchnahme und Abnutzung der Betriebsanlagen, Maschinen usw. mache sich eine entsprechend erhöhte Abschreibung notwendig. Wir geben das zu, wenn man auch über das Ausmaß der Abschreibungserhöhung geteilter Meinung sein kann. Gegen das letzte Friedensjahr ist im letzten Geschäftsjahr die Summe der Abschreibungen mehr als verdreifacht worden! Wir haben demgegenüber die unbestreitbare Tatsache hervor, daß auch die Arbeiterlöhne in der Lage sein muß, für die dringenden Neuanforderungen (Möbel, Möbel, u. a. Sausgeräte) erhebliche „Abreibungen“ (Mißlagen) vorzunehmen. Hierfür langt der Lohn aber bei der großen Mehrheit nicht, geht er doch so gut wie ganz für die Bestreitung des Ernährungsbedarfs drauf. Die ungeheure

Erhöhung der Betriebsgewinne beweist, daß die Arbeiterlöhne auch noch ohne weitere Preiserhöhungen aufgebessert werden können.

Mißstände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche de Wendel. Die organisierten Bergarbeiter haben hier beschlossen, eine Lohnerhebung zu veranlassen, und hierzu die Kohnbücher einzusammeln. Welche Mißstände das verursacht, haben wir in Nr. 17 der „Bergarbeiter-Zeitung“ an dem Beispiel der Zeche Viktoria in Linen gezeigt. Dabei kann es sich immer nur um Stichproben handeln. Es genügt daher auch, wenn sich die Lohnerhebung auf die organisierten Arbeiter beschränkt. Für die Unorganisierten diese Arbeit zu leisten, liegt kein Anlaß vor. Wer nicht sät, soll auch nicht ernten. Die Lohnerhebung macht sich notwendig, weil sehr viele Löhne weit unter dem Durchschnitt stehen, und es fraglich erscheint, ob die Zugeständnisse in der Lohnfrage gehalten wurden.

Zeche Halstein. Im Revier 4, Steiger Baderling, fährt seit dem 1. Juni d. J. fast jeden Tag der Herr Fahrsteiger Klämper ein, um überall die Bedinge zu reduzieren. So hat er z. B. im Flöz Girondelle 9, im Verbieh, Kohlennummer 89, wo früher 32 Mark Metergeld und 4 Mark Schichtlohn gezahlt wurden, das Metergeld ganz weggenommen und dafür ein Wagengedinge, und zwar für den Wagen Kohlen 2 Mark, gesetzt. Der Schichtlohn blieb auf 4 Mark stehen. Die Kameradschaft weigerte sich aber, dieses Bedinge anzunehmen und wurde deshalb verlegt. In demselben Flöz, Kohlennummer 91, hat der Herr das Metergeld von 28 Mark auf 20 Mark herabgesetzt. Dann in demselben Flöz, Kohlennummer 91, reduzierte der Herr den Schichtlohn von 5,50 Mark auf 4 Mark. Weiter setzte der Herr in demselben Flöz, Kohlennummer 88, das Bedinge auf 4 Mark Schichtlohn (früher 4,50 Mark) und 3 Mark für den Wagen Kohlen (früher 32 Mark Metergeld). Alle diese Kameradschaften glauben, nach der Bedingenerhöhung des Herrn Fahrsteigers Klämper nur noch 9 Mark bis höchstens 10,50 Mark verdienen zu können. Wie sollen die Familien mit einem solchen Lohn durchkommen in dieser schweren Zeit? Wir sind geneigt, diese Frage an die Verwaltung zu stellen. Ein solches Vorgehen ist auch nicht in Einklang zu bringen mit dem Versprechen des Herrn Grubeninspektors Köhlmann dem Arbeiterauschuß gegenüber, wonach im Februar d. J. der Durchschnittslohn auf 12,50 Mark gehalten haben und weiter steigen sollte, so daß er bei gleichbleibenden Verhältnissen im Juli d. J. den Durchschnitt von 13,50 Mark erreichen könnte.

Zeche Laßlingen 4. Der von der Werkbrot angeforderte Lohnabbau macht sich hier schon bemerkbar. So wurden im Mai an Kameradschaften Löhne von 9,10, 9,30 und 9,60 Mark bezahlt. Betriebsführer und Direktor erklärten, es gibt nichts dabei. Wer 6 Mark verdient, bekommt sie ausbezahlt. Wer nicht aber eine Kameradschaft einen über den Durchschnitt hinausgehenden Lohn, so hat sie alle Mühe, denselben zu erhalten. Das kann nicht überleben. Je wirtschaftsfeindlicher eine Politik ist, um so wirtschaftsfeindlicher ist die Verwaltung. Das äußert sich naturgemäß auch im Verkehr mit den Arbeitern, der schon wiederholt in Schlagereien ausartete. Vor einiger Zeit berichteten wir, daß der Fahrsteiger Volle einen Arbeiter geschlagen hat. Der Steiger Tegener hat am 29. Mai einem 17-jährigen Lehrhauer derart geschlagen, daß dieser blutungslos wurde und krankfeiern mußte. Eine solche Schlägerfertigkeit wäre doch jeht an anderer Stelle besser zu gebrauchen. Auch sonst kommt es oft zu Täuschungen. Alles Folgen der Wirtschaftskrisis. Sohe Strafen, die von den Arbeitern als drückend und unbillig empfunden werden, vervollständigen dieses Bild. Dazu kommen Antreiber, Unpünktlichkeit bei der Zeilfahrt, häufiger Mangel an Pechwasser usw. Gefährlich und Vordeside gibt es nicht. Die elektrischen Lampen sind teilweise undicht und die anschließende Säure verdirbt die Kleider. Schadeneria gibt es dafür nicht. Der wirtschaftsfeindliche und unorganisierte Teil der Belegschaft wünscht es nicht besser. Zu bedauern sind nur die organisierten Arbeiter, die unter diesen Verhältnissen mit leiden müssen.

Zeche Rhein I. Das Bestrafen der Leute nimmt hier überhand. Besonders die Bestrafungen wegen „Nichtaufhängen der Fahrmarken und Nichtgabe der Marke Nummer“ sind hart, und ist man hierbei, wie es die häufige Erfahrung lehrt, der Bußkar des Fahrmarkenkontrollbeamten ausgesetzt. Es ist dieses ein alter Herr, der sich niemals die Trillengläser putzt, denn sonst könnten nicht hies solche Irrtümer vorkommen. Andauernd sieht man die Arbeiter diesem Fahrmarkenkontrollbeamten nachlaufen. Man ist nun gezwungen, wegen diesem Herrn oft Stundenlang auf Fahrsteiger oder Betriebsführer zu warten, wenn man die Strafen, die nur dem fleißigen Arbeiten dieses Kontrollbeamten zuschreiben sind, nicht lieber bezahlt. Es muß hier eine Änderung geschaffen werden. Die Zeche muß einen Mann an diese Arbeit stellen, der sie auch ordnungsmäßig und gewissenhaft bearbeitet. Die Steiger Mikusch, Schmidt und Mühlmeister dürften sich größerer Höflichkeit den Arbeitern gegenüber bestreuen. Es ist bedauerlich, daß wir an dieser Stelle daran erinnern müssen.

Zeche Schürbau und Charlottenburg. Von hier wird uns über mangelnde Ordnung bei der Zeilfahrt berichtet. Die Kontrolle wird nicht scharf genug geübt und so passiert es immer, daß Arbeiter, welche mit den letzten Körben einfahren, mit den ersten wieder ausfahren können. Auch werden vielfach zuviel Leute auf die Körbe gesteckt, so daß oft die Türen kaum zugehen und darum offen bleiben. Müßen denn immer erst Unglücksfälle passieren, bevor Ordnung geschafft wird?

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Nordstern. Hier fehlt es an Verbandstoffen und Tragbahnen. Bei einem der letzten Unfälle hat z. B. ein ausherriger Kamerad sein Hemd zerrissen, um dem Verletzten einen Notverband anzulegen. Wer erhebt nun dieses Hemd? Und ist ein durchdringendes Hemd überhaupt geeignet zu Verbandszwecken? Diese beiden Fragen zeigen schon, wie unhaltbar der jetzige Zustand ist. Nicht minder unhaltbar ist der Mangel an Tragbahnen. Bei dem erwähnten Unfall mußte der Verletzte deshalb auf einem holprigen Förderwagen auf holpriger Bahn zum Schacht gefahren werden. Dabei waren noch allerhand Hindernisse zu überwinden, weil die Verbarer in der fraglichen Strecke beschäftigt waren. Aus diesem Grunde mußte der Verletzte fünfmal aus einem leeren Wagen in den anderen getragen werden. Wenn es sich um Grubenbesitzer handelte, dann wäre an Verbandstoff und Tragbahnen sicher kein Mangel, und so etwas könnte gar nicht vorkommen. Dann wären auch die Strecken besser in Ordnung. Jetzt aber bleiben die Arbeiter stellenweise fast im Schlamm und Wasser stehen. Die Unorganisierten wollen es allerdings auch nicht besser haben. Solche Verhältnisse wären gar nicht denkbar, und unsere Kritik würde sich folglich erübrigen, wenn die Unorganisierten ihre Organisationspflicht erfüllten.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Grube Waltershoffnung bei Siebten. Auf dieser zu den Auebedingen Montanwerke gehörigen Grube sind die Löhne unzureichend, weil ein großer Teil der Belegschaft unorganisiert ist. Der Durchschnittslohn der Untertagsarbeiter dürfte kaum 7,50 Mark, der der Ueber-tag-arbeiter etwa 5,50 Mark pro Schicht

betragen. Damit ist in jetziger Zeit natürlich nicht auszukommen. Das weiß auch die Verwaltung. Statt aber durch Lohnerhöhung, soll durch Ueberarbeit nachgeholfen werden. Infolge der unzulänglichen Ernährung ist es für die meisten Arbeiter aber sehr schwer, Ueberstunden zu versahren. Auf die Dauer vermag auch der stärkste Körper, Troddem wird allen ministeriellen Erklärungen entgegen Zwang zu Ueberstunden geübt. Als z. B. am 7. und 8. Juni ein Teil der Arbeiter die Ueberarbeit nicht ganz durchhalten konnten und etwas früher Schicht machten, wurden dieselben mit je 3 Mark bestraft. Es handelt sich um 13 Arbeiter. Natürlich ist über die unzureichenden Löhne und solche Bestrafungen die Entrüstung unter den Arbeitern groß. Aber dadurch wird nichts gebessert, sondern nur durch Anschluß an unseren Verband. Der seine Organisationspflicht nicht erfüllt, bewirkt das Recht, sich zu beklagen.

Königreich Sachsen.

Friedensschacht (Leisnig). Der Bergarbeiter Metzger auf dem Friedensschacht beschwerte sich schriftlich bei dem Arbeiterausschuß über die grobe Behandlung seitens des Knappschafts-schreibers Kling. Anlaß dazu war die Beschwerde geprüft und eventuell Abhilfe geschaffen werden wäre, wurde der Arbeiter zum Herrn Direktor Mauersberger bestellt, und dort war der Knappschafts-schreiber Kling in seinem Recht, und der Arbeiter im Unrecht. Schließlich erklärte der Herr, daß es das Beste sei, der Arbeiter nehme seine Abfehr, sonst würde er dieselbe seitens des Werkes erhalten. Ein Vorschlag, der sehr einfach ist, wenn auch nicht besonders schön. Der betreffende Bergarbeiter hat dann die Abfehr erhalten, und schnell hinterher kam die Einberufungsorder. Der Mann ist 42 Jahre alt, lange Zeit im Zeibe gewesen und war wiederholt verwundet. So schafft man sich Arbeiter vom Halbe, die weiter nichts getan haben, als sich gegen unbedeutende Angriffe eines untergeordneten Beamten zu wehren. Es ist überhaupt ein trauriges Zeichen der Zeit, daß sich auf den Gruben im Verabau die Beamten alles gegen die beurlaubten Bergarbeiter erlauben. Noch viel trauriger aber ist es, daß es gewesene Kämpfer sind, welche sich das alles ruhig gefallen lassen müssen. Wir möchten Herrn Mauersberger einmal fragen, ob denn für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen keine Teuerungszulage gezahlt wird? Dem Schreiber dieser Zeilen liegen Kohzettel vor, wo nichts von Teuerungszulagen vermerkt ist, trotzdem eine solche nach den Beschlüssen des Bergbau-lischen Vereins bewilligt wurde. Weibliche Arbeiter, welche jede Arbeit mit verrichten müssen und dieselbe auch ebensovgt wie Männer verrichten haben, erhalten bei vollen Schichten einen Reintlohn von 55 Mark pro Monat. In einem anderen Monat sage und schreibe 45 Mark. Den jugendlichen Arbeiter zahlt man pro Schicht 1,40 Mark. Dabon gehen dann die Abzüge noch weg, und kann sich jeder ansprechen, was diese jungen Leute im Verabau verdienen, und von was dieselben leben sollen. Hier muß der Vater, vorausgesetzt, daß einer da ist und arbeiten kann, diese Kinder mit ernähren. Vielleicht nimmt sich die Werksleitung einmal die Mühe und prüft nach, ob sich hier nicht ein Verbum eingedulden hat, der sofort zu befeitigen ist.

Saargebiet und Reichslande.

Grube Friedrichsthal. Am 28. Mai fand auf hiesiger Grube am Orlaacht eine Sicherheitsmännerwahl für die Steigerabteilung statt. Anzumerken kann man es hier nicht begreifen, daß ein Verbandsmitglied von seinen Kameraden als Kandidat aufgestellt wird. Besonders scheint es Steiger Weiland schwer auf die Herzen zu gehen, daß ein organisierter Arbeiter in seiner Abteilung Sicherheitsmann werden sollte. Auch der Wettermann aus Abteilung 6a, Johann Gard aus Bildstock, tat sich besonders am Laßtag durch die Agitation für einen Unorganisierten hervor. Wir wollen für heute zwar nicht viel darüber reden, aber Herrn Steiger Weiland möchten wir den guten Rat geben, sich in Zukunft nicht mehr um solche Angelegenheiten zu kümmern, die ihn nichts angehen. Den Verbandskameraden aus Abteilung 6a aber empfehlen wir, in Zukunft besser die Augen offen zu halten, und vor allen Dingen Disziplin zu wahren. Dann läßt die Behandlung der Arbeiter auf hiesiger Grube sehr zu wünschen übrig. Steiger Ries scheint es besonders auf die Kameraden absehen zu haben, die Kriegsinvalid sind. Faulenzen, der Teufel holt dich noch, ich bringe dich wieder an die Westfront. Das sind so die Reden, die Steiger Ries Kriegsinvaliden gegenüber gebraucht. Die Hauptschuld aber trifft die Verarbeiter von Friedrichsthal selbst. Würden sie sich mehr als bisher dem Verabde anschließen, dann würden solche Zustände von selber aufhören, und unsere Kritik würde sich folglich erübrigen.

Grube Sulzbach. Uns wird von Kameraden geschrieben: Eine sehr bedauerliche Entscheidung macht sich hier während des Krieges bemerkbar. Innerhalb 3 Jahren haben wir hier in dem Betriebe schon acht Todesfälle, und zwar im letzten Jahre vier, wohingegen wir in Friedenszeiten diese Ziffer kaum in 20 Jahren zu verzeichnen hätten. Immer und immer macht man von Seiten der Beamten den Arbeitern den Vorwurf, sie würden mit ihrer Leistung zurückfallen. Wir können nicht verstehen, wie man im vierten Kriegsjahre, bei einer solch schlechten Ernährung, noch von einer Leistungsberminderung sprechen kann. Man wird endlich dieses Treiberispiel aufhören? — Das Treiberispiel wird aufhören, wenn es keine Unorganisierten mehr gibt. Solche Verhältnisse wären gar nicht denkbar, und unsere Kritik würde sich folglich ebenfalls erübrigen, wenn die Unorganisierten ihre Organisationspflicht erfüllten.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Kleinarbeit.

In den Bezirken  
Muß jeder wirken  
Mit Herz und Mund  
Für seinen Bund.

Muß informieren  
Und agitieren  
Von Haus zu Haus,  
Hier ein, dort aus.

Muß hören, sehen,  
Zur Seite stehen  
Dem Kamerad  
Mit Rat und Tat.

Muß immer klären  
Und immer lehren,  
Wie der Prolet  
Der Rat entgegen.

Muß werden, kämpfen,  
Die Zwietracht dämpfen.  
Sie ist der Feind,  
Der uns entteint.

Solch Netze Ringen  
Wird Früchte bringen  
Für den Verband  
In Stadt und Land.

Bitter Rollmann.

Mehr Kleinarbeit!

Das ist das Gebot der Stunde! Wir haben zu viele Mitglieder, die nur „durch großzügige Agitation“ wirken wollen und auf die Kleinarbeit geringfügig herabzusehen. Wenn die Ortsverwaltung zur Kleinarbeit ruft, dann kommen sie mit ihren „großzügigen“ Einwendungen, deren Galtlosigkeit sich erweist, sobald sie nachgeprüft werden. Gewiß hat uns auch die „großzügige Agitation“, durch Massenversammlungen usw., vorwärts gebracht. Ungleich mehr ist aber durch emsige, nach überall tätige Kleinarbeit herausgeholt worden. Die Geringfügigkeit der Kleinarbeit ist daher verfehlt und kann uns nur schaden. Und kann nicht auch die Kleinarbeit „großzügig“ gestaltet werden? Selbstverständlich! Daran haben die „Großzügigen“ bloß noch nicht gedacht, obwohl es sehr nahe liegt. Würden sich z. B. die Mitglieder überall reißlos an der Kleinarbeit beteiligen, so wäre das doch sicher großzügig und auch die Erfolge würden

im gleichen Verhältnis größer. Jedes Mitglied braucht nur ein neues Mitglied zu gewinnen, so würde sich unsere Zahl schon verdoppeln. Die Zahl der Unorganisierten wäre dann bald an den Fingern abzuzählen. Gestalten wir daher die Kleinarbeit großzügig, um so größer werden auch die Erfolge sein.

Vor allen Dingen müssen die Einwände gegen die Kleinarbeit fallen. Dahinter verbirgt sich in der Regel doch nur Drückererei. Die Kleinarbeit von Ort zu Ort, von Haus zu Haus, von Mund zu Mund, ist am wirksamsten, wenn sie gründlich und von allen Verbandskameraden betrieben wird. Da darf sich keiner drücken. Wer sich drückt, verfehlt gegen seine Verbandspflicht. Wenn alle Verbandskameraden restlos ihre Verbandspflicht erfüllen, dann werden auch die Unorganisierten zur Erfüllung ihrer Organisationspflicht gezwungen. Darum muß es, wenn die Ortsverwaltung zur Kleinarbeit ruft, allgemein heißen: Heron ans Werk! Einer für alle, und alle für einen.

**Jetzt gibt es!**

Je härter der Sturm, um so mehr werden auch die Kleinen und Kleinsten Wipfel erfassen. So müssen wir auch bei der Werbetätigkeit für unseren Verband versuchen, soviel Bewegung zu entfalten, daß wir auch an den letzten Unorganisierten herankommen.

Wille und Tat sind die alles bewegenden Kräfte. In der näheren und weiteren Umgebung eines jeden Verbandsmitgliedes gibt es noch Unorganisierte, die für unseren Verband gewonnen werden müssen. Alle könnten sie gewonnen werden, wenn alle Verbandsmitglieder dazu den festen Willen hätten, und ihn in die Tat umzusetzen.

Der einzelne unter uns, der sich nicht entschließen kann, sich mit seinen Klassengenossen zu verbinden, ist wie eine Quelle, die im Sande verrinnt. Mit anderen Quellen vereinigt, würde sie Mühlen treiben und Schiffe tragen, so verdrocknet sie zwecklos. Dabei nimmt sie den anderen noch obendrein einen Teil ihrer Kraft fort.

Deshalb benutzt die Zeit zu rastloser Tätigkeit. Wir brauchen jeden Mann und jeden Großen. Denkt an die Zukunft unseres Verbandes, die enge Zukunft ist. Es geht um die Selbst-erhaltung. Denkt daran, daß unsere Stärke nur in der restlosen Symbiose aller liegt. Mehr wie je gilt das Wort: Einzeln sind wir nichts — vereinigt aber alles!

**Dem Volk die Freiheit und sein Recht!**

Wie habt ihr, Sänger, frisch gejunger  
Vom Recht und Freiheit manchen ein Lied!  
Jetzt wird der Säbel hoch geschwungen,  
Des Friedens fromme Taube fliehet.  
Jetzt singt der Krieg die wilden Lieder,  
Doch ihr, ihr Sänger, recht und echt,  
Singt nur das Eine immer wieder:  
Dem Volk die Freiheit und sein Recht!

Ihr Turner, habt mit Red und Sankeln  
Der jungen Muskeln Kraft erprobt.  
Wollt ihr verächtlich im Dünkel wandeln,  
Dieweil der Kampf der Völker tobt?  
Empor! Zu aller Throne Stufen  
Bring' deine Ford' rung, jung Geschlecht!  
Mit allen Männern sollt ihr rufen:  
Dem Volk die Freiheit und sein Recht!

Ihr Schützen in den grauen Foppen,  
Ihr Felder an dem Scheibenstand,  
Wie brüßtet ihr beim guten Schoppen  
Das Hoch aufs deutsche Vaterland!  
Seid ihr in buntgeschmückten Hüllen  
Dahin nur, wo man lauscht und zehrt? —  
Ruft mit uns aus, ruft mit uns allen:  
Dem Volk die Freiheit und sein Recht!

Ihr Männer rings in Blus' und Jacken,  
Ihr Bauern mit der schweiß'gen Faust,  
Die Stirnen hoch und hoch die Nacken!  
Der Sturm durch uns're Gauen braust.  
In Südlands und in Nordlands Marken  
Erhebt' die Stimme Herr und Knecht:  
Gebt, wollt ihr uns'ren Arm, den starken,  
Dem Volk die Freiheit und sein Recht!

Ihr Volksvertreter in den Kammern,  
Sucht ihr ein hohes Amt vertraut!  
Ihr habt gehört der Armut Kammern,  
Ihr habt die Not im Land geseht.  
Ob man euch schlimm, ob gut begegnet,  
Nicht diskutierend Silben fleht;  
Ob's Dornen oder Lorbeerren regnet,  
Dem Volk die Freiheit und sein Recht!

Und jenen, die da Zepher halten,  
Sei dieses eine Wort gesagt:  
Weh, wer in Deutschland tief zerpalten,  
Aus Selbstsucht heut' zu kämpfen wagt!  
Im Volke murr's mit dumpfem Grolle!  
Nur der ist Sieger im Gefechte,  
Der Freiheit gibt, die ganze, volle,  
Dem Volk die Freiheit und sein Recht!

Emil Ritterhaus.

**Unorganisierte haben niedrigere Löhne.**

Die Zahlstelle Berlin des Holzarbeiterverbandes hat im Mai vorigen Jahres eine Erhebung über die Löhne vorgenommen. Dabei hat sich herausgestellt, daß die Löhne der Unorganisierten durchweg wesentlich niedriger waren, als die Löhne der Gewerkschaftsmitglieder. So verdienten im Durchschnitt organisierte Tischler 138 Pf., die Stunde, unorganisierte 128 Pf.; organisierte Mobelsticker 170 Pf., unorganisierte 144 Pf.; organisierte Korbmacher 129 Pf., unorganisierte 109 Pf.; Parfettbodenleger 149 Pf. und 120 Pf.; organisierte Arbeiterinnen 74 Pf., unorganisierte 57 Pf.; organisierte Zugerlinge 92 Pf., unorganisierte 65 Pf. Die Löhne sind natürlich seit dem vorigen Jahre wesentlich gestiegen, aber das Verhältnis der höheren Löhne der Gewerkschaftsmitglieder und der niedrigeren Löhne der Unorganisierten ist das gleiche geblieben. Arbeiter, welche die Gewerkschaftsbeiträge „waren“ wollen, hindern also nicht nur den allgemeinen Aufstieg der Arbeiterklasse, sondern schädigen auch unmittelbar sich selbst.

**Keine Sonderlieferung von Kaffee.**

Auf die Eingabe der Bergarbeiterverbände vom 23. Mai 1918, worin erucht wurde, für die Bergarbeiter eine Sonderlieferung von Kaffee vorzunehmen, hat der Kriegsbeschäftigungsrat für Kaffee, Tee und deren Ersatzstoffe, am 11. Juni erwidert, daß für die angeregten Zwecke eine Sonderlieferung von Kaffee leider nicht stattfinden kann.

**Oberbergamtsbezirk Bonn.**

Behandlung von Lohnfragen im Ruhrrevier.  
Bestimmungen im Ruhrrevier über die Lohnforderungen (siehe Nr. 14 der Bergarbeiter-Zeitung) haben ein unbefriedigendes Resultat gezeigt. Für familiäre Gruben des Eigenen Bergwerksbereichs wurde erst kürzlich eine Lohnerhöhung bewirkt. Dagegen werden, wenn sich die Verhältnisse bessern und die Kohlenpreise steigen, der Eigenen Bergwerksbereich hat bei einem Aktienkapital von 38 Millionen Mark in den 7 Geschäftsjahren

von 1910 bis 1917, nach Abschreibungen von 24 985 260 Mark, einen Reingewinn von 32 346 618 Mark aufzuweisen. Trotzdem werden solche Einwände gemacht. Die „Kölnische Zeitung“ vom 26. Mai d. J. schrieb über Preistreiberinnen und Bücher:

Was wir an Preiserhöhungen erlebt haben in den letzten zwei Jahren, übersteigt derartig alles, was an sachlicher Rechtfertigung angeführt werden kann, daß man über die Geistesverfassung, die diese Kreise unseres Volkes damit befehdet, nur den Kopf schütteln kann. Der Bucher hat längst jedes Maß verloren, erkräftet sich auf Waren, die mit der verminderten Einfuhr und den knapp gewordenen Vorräten nichts zu tun haben, erpreißt alle Gebiete, und bietet im ganzen das Bild eines rücksichtslosen Wirtschaftskrieges aller gegen alle. Die Preissteigerungen nehmen längst nicht mehr den „vernünftigen Gewinn“ auf Grund der veränderten Verhältnisse an, sondern erhöhen ihn gleich, wenn es irgend geht, um das Drei- und Vierfache. Die Leute zahlen's ja! Ich weiß wohl, daß es in anderen Ländern Europas nicht besser ist, daß in Paris und London die Leute des Mittelstandes unter derselben Geißel leiden wie wir. Aber ich denke, wir sind das Volk der großen Idealisten? Das Volk, an dessen Wesen die Welt gebunden soll?

So geht es allgemein. Angemessene Lohn erhöhungen aber werden wegen ungenügender Leistungsfähigkeit der Gruben abgelehnt. Wo soll das hinaus? Hier ergibt sich doch für Regierung und Behörde die Verpflichtung, mit allen Mitteln einzugreifen. Es dürfte für jeden ohne weiteres klar sein, daß die schwere Bergarbeit nicht bei den rationierten Lebensmitteln geleistet werden kann. Der Bergmann muß „unter der Hand“ kaufen, um arbeitsfähig zu bleiben. Ueber die Versorgung mit rationierten Lebensmitteln macht sich im Landrevier Nachen eine Mißstimmung unter der Bevölkerung bemerkbar. Vor kurzer Zeit mußte der Kommunalverband Nachen-Land erklären, daß die Reichsgetreidestelle dem Kreise längere Zeit hindurch geringere Mehlmengen zugeteilt hat, als von den Gemeinden des Kreises auf Grund der Brotkartenlisten aufgefördert und verbraucht worden sind. Des weiteren wurde dann mitgeteilt: „Der entstandene Mehreverbrauch muß gegenwärtig, nach Anordnung der Reichsgetreidestelle, eingesparrt werden.“ Daraus dürfte ersichtlich sein, daß nach dieser Seite keine rosigen Verhältnisse im Landrevier Nachen bestehen. In letzter Zeit ist der Kommunalverband Nachen-Land dazu übergegangen, den Gemeinden die Kontrolle über den Brot- und Mehleverbrauch zu entziehen. In alledem kommt nun die allgemeine Verklärung der Dotationen.

Ins Alledem erklärt sich auch das fortwährende Drängen der Arbeiterschaft nach Anerkennung ihrer Organisationen bei der Lebensmittelversorgung in Gemeinde und Kommunalverband, ebenso das Streben nach höheren Löhnen. Unverständlich bleibt bei diesen Verhältnissen nur der schleppende Gang bei der Schlichtungsstelle im Bezirk Nachen bezüglich der Verhandlungen über die von den Werkbesitzern abgelehnten Lohnforderungen.

Der Arbeiterausschuß der Grube Eschweiler-Rejerbe wurde Ende März von der Belegschaft beauftragt, dem Schlichtungsausschuß die abgelehnten Forderungen zu unterbreiten. Am 1. April hat der Arbeiterausschuß dem entsprochen. Bis jetzt ist dem Arbeiterausschuß noch keinerlei Mitteilung über ein Verhandeln beim Schlichtungsausschuß gemacht worden. Darüber herrscht bei der Belegschaft starke Erbitterung. Am 5. Juni wurde unter Bezirksleiter vöblich zu einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung der Grube Rejerbe gerufen. Nur mit vieler Mühe gelang es, die erregte Belegschaft zu beschwichtigen, und konnte so der Ausstand verhindert werden. Wir erklären aber hiernit, daß wir die Verantwortung für die Dinge, die sich entwickeln, ablehnen müssen. Die Schuld trifft ausschließlich diejenigen, die unsere Warnungen nicht ernst genommen.

**Saargebiet und Reichslande.**

**Verbandsvertretung und Belegschaftsversammlungen.**

In Dudweiler fand am 12. Juni eine Belegschaftsversammlung statt, zu der, wie es in unseren Verbandsbezirken überall üblich ist, auch einer unserer Verbandsvertreter erschienen war. Bei Eröffnung der Versammlung über wurde diesem durch den anwesenden überwachenden Polizeibeamten ein Schriftstück unterbreitet, monach gefordert wurde, daß unser Angestellter in der Belegschaftsversammlung das Wort nicht ergreifen dürfe. Dieser protestierte lebhaft dagegen, der Beamte aber beharrte auf Erfüllung seines Auftrages, und so mußte unser Kamerad auf das Wort verzichten. Wir würden dieses Vorkommnis stillschweigend zu den Akten legen, wenn nicht durch das Eingreifen des Obmannes des Arbeiterausschusses, Marx, — der dem Verbands nicht angehört — der Gedanke ausgesprochen worden wäre, daß in der Tat die Gewerkschaftsangehörigen in den Belegschaftsversammlungen nichts zu tun hätten. Die Vermittlungsinstanz zwischen Arbeiterausschuß und Verwaltung sei der Arbeiterausschuß, und da hätten Organisationsangehörige nicht hineinzureden. Daß Marx mit dieser Auffassung die Meinung der Organisationsvertreter, der er angehört, ausdrückte, kann nicht zutreffen, da diese sich, wie unser Verband, schon an dutzenden Belegschaftsversammlungen im Saargebiet beteiligt hat, und die wie wir der Auffassung sind, daß von dem Stattfinden einer Belegschaftsversammlung, von welcher Richtung aus sie auch veranstaltet wird, die eine Organisation der anderen Mitteilung zu machen habe. Oder auch, daß die Ausschüsse der beiden Organisationsrichtungen ihre Bezirksleitungen von dem Stattfinden der Versammlungen in Kenntnis setzen sollen. Es bleibt dahingestellt, ob nach diesen Richtlinien immer genau gearbeitet wird, das aber steht fest, daß bisher die Meinung vorherrschend war, daß die Organisationsvertreter sehr wohl an Belegschaftsversammlungen teilnehmen dürfen. So ist es, handelt es sich um eine Belegschaft, wie auf Grube Dudweiler, die stark organisiert ist, so ist die Verbindung zwischen Belegschaft und Organisation so notwendig, wie nur irgend etwas. Die Organisationen sind es, die nicht nur über die Forderungen der einzelnen Belegschaften allein, sondern darüber hinaus zur Sachwaltung der schwächeren Forderungen berufen sind. Sie sind es, die für die gesamten Belegschaften eintreten und in deren Namen auch im Saargebiet Verhandlungen mit Behörden, den Bergverwaltungen sowie der Direktion oder dem Bergwerksministerium pflegen. Kein Widerspruch hat sich in den letzten Jahren dagegen erhoben, die Bergverwaltung als Arbeitgeber der Belegschaften hat es für selbstverständlich gehalten, mit den Organisationsvertretern zu verhandeln. Und die Belegschaften haben, wie sich das besonders bei den Verhandlungen im vergangenen Jahre gezeigt hat, sich mit den Ergebnissen dieser Verhandlungen einverstanden erklärt. Das muß man sich merken! Der Arbeitgeber hat nichts dagegen, wenn er mit Organisationsvertretern verhandelt, der Obmann eines Ausschusses aber stellt sich hin und erklärt, Organisationsvertreter seien für Belegschaften nicht kompetent. Wer den Obmann so erogen hat, wissen wir nicht, aber daß er und der Überwachende so ziemlich allein dastehen, das hat er erfahren müssen, als eine Abstimmung darüber erfolgte, ob der Verbandsvertreter reden solle oder nicht und die ganze Angelegenheit stark beschulte Versammlung bis auf ein paar Unzufriedenheitsmitglieder wie ein Mann erhob und die Frage der Berechtigung zur Rede brachte. Diese Abstimmung sah danach aus, daß die Belegschaft der Grube Dudweiler in dem Verbandsvertreter noch eher einen besseren Belegschaftsvertreter sah, als in dem Unzufriedenheitsmarsch. Diese Abstimmung gericht allen zur Genugung, die das Verhältnis der Organisationen zu den Beleg-

schaften auch im Saargebiet kennen. Ernsthafter entsteht aber für uns die Frage, wie wir uns zu dem Verhalten der Behörde zu stellen haben, die, ohne Gründe anzugeben, in Dudweiler unserem Verbandsvertreter das Wort verweigerte. Wie, wenn es in der Belegschaftsversammlung zu Beratungen und Beschlüssen gekommen wäre, die über den Rahmen der Belegschaftsinteressen weit hinausgingen; das kann doch stattfinden, und wie, wenn ein Ausstand proklamiert worden wäre? Oder wenn ein solcher auch ohne Beschluß kommt, ohne daß er erst in einer Belegschaftsversammlung beschlossen worden wäre. Was macht dann die Behörde, und ausschlagend für das Saargebiet ist die Militärverwaltung in Saarbrücken? Dann kann der Verbandsvertreter, ohne daß erst die Belegschaftsversammlungen durch die vorher gestellten Anmeldeungen erlaubniskräftig geworden sind, in solchen Versammlungen ruhig reden. Man weiß, warum das geschieht. Das Vertrauen, das die Belegschaften auf die Verbandsangestellten setzen, ist so stark ausgeprägt, daß durch gegenseitige Verständigung in den Versammlungen, Schlimmes und Uebles für den Bergbau und die Gesamtwirtschaft vermieden wird. Trifft das aber nur für solche Gelegenheiten zu, wenn, wie im vorigen Jahre, die Belegschaften im Ausstand verharren? Hat die Organisationsvertretung in Zeiten vorher den Belegschaften und anderen, z. B. den Behörden und der Bergverwaltung, oder gar der ganzen Öffentlichkeit gegenüber, nichts zu sagen? Gibt es nicht Beratungen und Entscheidungen in Belegschaftsversammlungen, zu denen die Organisationen nicht zu schweigen haben, nicht schweigen dürfen? Das gibt es. Gibt es in Krisenzeiten einen Streik, dann sind Organisationen finanziell daran beteiligt. Werden Arbeiterausschüsse dann auch den Mut aufbringen und jede solche finanzielle Beteiligung von Organisationen von sich weisen. Es könnte schlimm um die Bergarbeiter, wenn es so wäre.

Ausschüsse, die so handeln und reden, sind meist von der Qualität, die auch in anderen Fragen die Bedeutung der Organisationen für die Belegschaften verkennen. Der Wirkungskreis der Arbeiterausschüsse auf den Gruben bleibt doch nicht auf einzelne Beschwerden mit den Verwaltungen beschränkt. Sie müssen auch Kenntnisse haben, wie weit ihre Rechte und Pflichten gehen, wenn sie nicht zur „Weißen Salbe“ werden sollen. Und wer ist es, der den Ausschüssen die Aufklärung beschafft, wer beklimmert sich in erstem Maße um sie? Das sind die Organisationen. Diese verschaffen den Ausschüssen Kenntnisse, wie sie sich den bestehenden Gegebenheiten gegenüber zu verhalten haben, sie lehren den Ausschüssen durchweg z. B. das Sicherheitsmännergesetz, das Hilfsdienstgesetz, die Gewerbeordnung, den Arbeitsvertrag usw. kennen. Wir kennen keinen Ausweg, der, wenn es ihm ernst um die ihm aufgetragene Pflichterfüllung ist, ohne die gewerkschaftliche Mithilfe fertig werden kann. Und was wäre schließlich ein Arbeiterausschuß ohne eine Organisation, ohne deren Schritte? Wir meinen, diese Frage beantwortet sich aus der Geschichte der Saargebietarbeiterschaft in der ganzen Zeit, als die tätige Organisation fehlte. Von dieser Zeit haben die Saarbergleute die Nase gründlich voll, und daher werden Leute, wie der Obmann Marx, mit ihren veralteten, unklugen und arbeiterschädigenden Auffassungen über die Mitwirkung der Organisationen in Belegschaftsversammlungen nur vereinzelt bestehen. Den Behörden aber möchten wir sagen, daß, wenn sie den Organisationsvertretern verweigern, sich zur rechten Zeit und an rechter Stelle mit den Belegschaften auseinanderzusetzen und zu verhandeln, sie auch die Verantwortung tragen, wenn unerwartete und unliebsame Ergebnisse über den Bergbau hereinkommen. Die Organisationen können nur dann Verantwortung tragen, und in schweren Zeiten nur dann ihre gewerkschaftlichen Aufgaben erfüllen, wenn man ihnen in Zeiten vorher nicht das Maul verbindet und ihre Tätigkeit einschränkt.

**Verbandsnachrichten.**

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 25. Woche (vom 16. bis 22. Juni 1918) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Entrichtung der Beiträge.

**Verbandsmitglieder!** Werbt stets neue Mitglieder für den Verband! Führt die jetzt zahlreich auf den Werken beschäftigten Arbeiterinnen und Jugendlichen unserer Verbände zu!

**Bücherrevisionen.**

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu halten, um den Revisionen die Arbeit zu erleichtern.

Dinslaken. Zum Zwecke der Revision werden die Mitgliedsbücher eingezogen.

Leithe. Im Monat Juni.

Rödinghausen. Vom 1. bis 15. Juli.

**Krankenunterstützungs-Auszahlung.**

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden:

Hausham. Ab 1. Juli erfolgt die Auszahlung der Krankenunterstützung bei dem Zahlstellenkassierer Hans Giesler, Abwinfl, Gluckastraße 30.

**Bibliotheken.**

Großhettingen. Da die Zahlstelle jetzt im Besitze einer Bibliothek ist, werden die Kameraden darauf aufmerksam gemacht, daß die Bücherausgabe jeden Sonntag, von 1-2 Uhr mittags, in der Wohnung des Kameraden Mich. Köster, Kolonie, stattfindet. Es wird gebeten, recht fleißigen Gebrauch davon zu machen.

**Adressenveränderungen.**

Hausham. Als Vertrauensmann fungiert jetzt der Kamerad Georg Wöhrdl, Hausham, Miesbacherstraße 20, II.

Leithe. Vom 1. Juni übernimmt die Geschäfte als Vertrauensmann Kamerad Gustav Klein, Parkstraße 7. An ihn sind auch sämtliche Sendungen zu richten.

**Sterbetafel**

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

- |                              |                                   |
|------------------------------|-----------------------------------|
| Ferd. Kochanke, Dortmund II. | H. Messerschmidt, Holzhausen.     |
| Abolf Kiecherer, Rappell.    | Friedrich Jann, Wray.             |
| Abolf Dehhardt, Nieft.       | Johann Sifora, Beckhausen.        |
| Paul Heitfische, Triebel.    | Albert Schneider, Bergshofen.     |
| Eruft Schütte, Kallenberg.   | Franz Kullengeld, Schüren.        |
| Wih. Soltau, Frillendorf.    | Heinr. Drunkelbach, Auren I.      |
| Karl Klein, Steele.          | Otto Seinsche, Dutenborn.         |
| Fritz Winiwants, Massen II.  | G. Eintriedler, Unterpeiffenberg. |
| Fritz Epmann, Massen II.     | W. Fischer, Unterpeiffenberg.     |
| Walter Wamb, Holzhausen.     | Walter Gess, Lunn. (4110)         |

Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten!

**Die Bergarbeiter** von Otto Guss (2 Bände 8 Mt.) sind noch von uns zu beziehen. G. Sandmann & Co., Bochum I, W. Wilmshausen, Straße 25.